

Offener Brief an den Bezirksvorstand Neubau

Sehr geehrter Herr Blimlinger,

die Bildhauerin Ulrike Truger hat mit dem Marcus Omofuma Stein dem in Schubhaft zu Tode gekommenen Menschen Marcus Omofuma ein Denkmal gesetzt. Sie hat den Stein schließlich auch mit Unterstützung der Grünen an einer Schnittstelle zwischen zwei großen Straßen platziert, an einem Ort, der nicht die Kennzeichen eines Platzes trägt. Der Name Omofuma wird in Österreich noch lange mit behördlicher Willkür und grausamer Ignoranz gleichgesetzt werden, die einer funktionierenden Demokratie nicht würdig ist.

Die Bezirksvorstehung Neubau beschließt nun, einen Platz zu widmen und ihn Menschenrechtsplatz zu nennen.

Einmal abgesehen davon, dass es zumindest zu hinterfragen ist, ob frau/man einem Ort, der eher ein größerer Kreuzungspunkt als ein Platz ist, einen ebenso ehren wie unverfänglichen Namen wie „Menschenrechtsplatz“ geben soll. Dafür wäre, wenn schon, denn schon, die Umbenennung des Heldenplatzes sowohl historisch gesehen als auch von der Weite besser geeignet, um auf die Bedeutung der Menschenrechte als Grundlage der Demokratie hinzuweisen. Abgesehen davon erscheint uns die Vorgehensweise der politischen Verantwortlichen in der Sache Platzwidmung respektlos und ignorant.

Dabei hätten die Grünen gerade hier Gelegenheit, Profil und Mut zu zeigen; sie könnten sich an einem Beispiel der frühen Sozialdemokratie orientieren, die offensichtlich einmal den Mut hatte, ein „Kind beim Namen zu nennen“ anstatt sich in verwaschenen Allgemeinbekenntnissen zu ergehen. Frau/man denke an den Platz beim Karl-Marx-Hof, der ja aus gutem Grund nicht Freundschaftsplatz heißt, sondern 12. Februar-Platz.

Die Künstlerin, die die Stelle zwischen Mariahilfer Straße, MuQua und Zweier Linie mit ihrem Stein erst politisch belebt hat, - immerhin ist der Ort zum wichtigen Treff- und Sammelpunkt bei Demonstrationen avanciert, was wiederum für eine lebendige Demokratie spricht- , wird in diesem Prozess nun einfach übergangen. Sie wurde von Vornherein nicht einbezogen, muss sich als „Anrainerin“ abspesen lassen und nun von Ihnen noch mit den Worten „Es ist die Aufgabe der öffentlichen Hand, einen Platz zu benennen und nicht die einer Künstlerin“ abgetan.

Gerade von den Grünen erwarten wir uns mehr Sensibilität und Respekt im Umgang mit sensiblen Themen, mehr Respekt dem Menschen wie der Künstlerin gegenüber, nicht paternalistisches Abschasseln.

Gerade von den Grünen erwarten wir uns, dass sie Politik nicht auf Kosten von anderen machen, dass sie nicht Themen und Menschen ungefragt für ihre Politik vereinnahmen. Nach mehr als 25 Jahren grüner Politik dürfen solche politischen Schnitzer nicht passieren. Die Optik dabei ist die von undemokratischem Top-Down-Durchsetzen einer Sache ohne rechtzeitige Einbeziehung der Beteiligten. Und dass die Künstlerin in diesem Fall nicht beteiligt wäre, wird wohl niemand ernsthaft behaupten können.

Wir erwarten uns darüber hinaus, dass – wenn schon die Menschenrechte im Mund geführt werden – auch die Rechte von KünstlerInnen respektiert werden, statt mit dem zynischen Argument zu kommen, „Wer wie Truger mit dem [womit?] und im öffentlichen Raum agiere, müsse damit rechnen, dass dieser auch ohne ihre Einbindung weiterlebe“. Mit der Drohung, womit wer aller zu rechnen hat, wenn nicht... sind wir von der Diktion her bislang ja eher aus dem rechten Lager vertraut. Aus dem Mund eines Grünen verstört uns diese Wortwahl.

Und es lässt uns das unguete Gefühl nicht los, dass, hätte ein Hrdlicka den Stein gemacht, die Sache ganz anders laufen würde.

In diesem Sinn

Kämpferische Grüße von den Frauen der AUF-Redaktion